

Aussprache

Zu: Vermögenspolitik, Heft 2/1972

In der Vermögenspolitik sind die Sparförderungsmaßnahmen und Investivlohnregelungen nicht umstritten. Unterschiedlich eingeschätzt werden jedoch die Möglichkeiten einer überbetrieblichen Ertragsbeteiligung auf gesetzlicher Grundlage durch gesellschaftliche bzw. kollektive Fonds, an die die Unternehmen Beteiligungswerte abzuführen haben. Interessant ist nun an der Argumentation, daß eine solch gesellschaftspolitisch orientierte Vermögensbildung¹⁾ sowohl von „linken“ als auch von „rechten“ Theoretikern abgelehnt wird, und zwar aus genau entgegengesetzten Gründen.

Alfred Müller sieht Vermögenspolitik im traditionellen Sinne, wenn er sie nur als individuelle Lösung begreift und als „persönliche Bereicherung des einzelnen“ (H. 2/1972, S. 100). Dies setzt eine Zufriedenheit mit dem Gesamtsystem der Bundesrepublik voraus.

Karl H. Pitz ist der Auffassung, daß gerade dieses Gesamtsystem zu ständigen Verzerrungen führt, aber eine auch von ihm befürwortete gesellschaftsverändernde Strategie hält er durch Vermögensbildung über kollektive Fonds nicht für politisch durchsetzbar und wenn, dann auch durch andere Mittel erreichbar wie z. B. durch eine Vergesellschaftung der Banken. Er sieht deshalb kollektive Fonds als „Produkt apolitischer, weil von der politischen Realisierbarkeit abstrahierender bürgerlich-volkswirtschaftlicher Denkmethode“ (H. 2/1972, S. 91) Pitz schlägt als Alternativen Mitbestimmung und verstärkte Infrastrukturinvestitionen vor.

Man muß sich jedoch fragen, wie man durch Mitbestimmung Fortschritte erzielen will, wenn dies durch Vermögenspolitik

nicht für möglich gehalten wird. Hier wie dort müssen die privatwirtschaftlich orientierten Unternehmer Privilegien abgeben und bei beiden Ansatzpunkten werden sie es nicht freiwillig tun. Hält man es für ausgeschlossen, die Unternehmerinteressen durch Ansätze in Teilbereichen zurückzudrängen, dann muß dies auch für andere Bereiche als die Vermögensbildung, nämlich etwa für Mitbestimmung und berufliche Bildung, gelten. Die Frage der Infrastrukturinvestitionen wiederum ist von der Fondslösung mit Beteiligungswerten unabhängig, weil dadurch den Unternehmen keine Mittel entzogen werden. Mehr Infrastrukturinvestitionen sind auch gerade dann schwer durchzusetzen, wenn man die Struktur privater Investitionsentscheidungen nicht ändert.

Daß man im übrigen gesellschaftspolitische Ziele durch verschiedene Mittel erreichen kann, ist unbestritten. Aber wenn wir Fortschritte erreichen wollen, dann müssen wir von den Gegebenheiten in der Bundesrepublik ausgehen und hier können wir auf eine rund zwanzigjährige Diskussion über die Vermögensbildung zurückblicken, auf der man aufbauen kann. Ob im übrigen eine Verstaatlichung des Bankenapparats die gleichen Ziele realisieren kann, müßte eingehend diskutiert werden. Die Möglichkeiten der Dezentralisation, der Flexibilität und neuer Formen freiheitlicher Planung scheinen mir bei den Fonds größer zu sein.

Bei einer Frage von so prinzipieller Bedeutung und langfristiger Auswirkung sollte man meines Erachtens nur Lösungen zustimmen, die der Tragweite gerecht werden, so wie wir auch in der Mitbestimmung auf Unternehmensebene nicht von der Forderung nach Parität abgehen können. So wie die Mitglieder der Gewerkschaften für Umwelt- und Bildungsfragen in kurzer Zeit „sensibel“ geworden sind, sollte man auch in der Vermögensbildung die Einsicht wek-

1) Vgl. meinen Aufsatz: Zur langfristigen Perspektive der Vermögenspolitik, WWI-Mitteilungen 4/1971; wieder abgedruckt in: „Das Mitbestimmungsgespräch“, H. 2/3 1972.

ken können, daß neue Strukturen auch neue Mittel erfordern. Wenn man auch den Marxismus-Lehrbuch-Unternehmer nicht ändern kann, so muß doch die konkrete Unternehmenspolitik durch die verschiedenen schon vorhandenen Ansätze beeinflußt werden. Darauf beruht doch im Grunde das Konzept gewerkschaftlicher Politik. Darin gebe ich *Hölzel* recht (H. 2, S. 86 f).

Es sollte nachdenklich machen, wenn die Fondslösung durch eine Allianz sich im Grunde gegenseitig ausschließender Auffassungen abgelehnt wird. Was danach bisher wirklich ernsthaft als Alternative angeboten wird, paßt zwar ins tagespolitische Kalkül, ist aber ohne strukturverändernde Bedeutung und ohne langfristige Perspektive.
Gerhard Leminsky